

TITELTHEMA



Medien in China

Erdrückende Unfreiheit

// von Ruth Kirchner

Mit der Presse- und Meinungsfreiheit ist es in China bekanntermaßen nicht weit her. In internationalen Rankings landet die Volksrepublik bei diesem Thema regelmäßig auf den hinteren Plätzen. Besserung ist nicht in Sicht: In den letzten drei Jahren haben sich die Arbeitsbedingungen weiter verschlechtert – sowohl für ausländische Korrespondenten in China als auch für chinesische Journalisten. Themen zur Minderheitenpolitik in China, etwa die Lage der Tibeter und Uiguren, sind immer schwerer zu recherchieren. Vor allem aus Tibet ist wegen der besonders scharfen Restriktionen eine differenzierte Berichterstattung nicht mehr möglich.

Für Ursula Gauthier begann das Jahr 2016 völlig anders als geplant. Am Silvestertag musste die langjährige Beijing-Korrespondentin des französischen Nachrichtenmagazins „L’Obs“ die Volksrepublik verlassen; den Neujahrstag verbrachte sie bereits in ihrer Heimatstadt Paris. Die chinesischen Behörden hatten sich zuvor geweigert, Gauthiers Akkreditierung als Journalistin – also ihre Arbeitserlaubnis – zu verlängern. Damit lief auch ihre Aufenthaltsgenehmigung zum Jahresende ab; sie musste ausreisen. De facto war es eine Ausweisung. Seit Jahren benutzt die Volksrepublik die jährliche Neuausgabe der Presseausweise, um ausländische Korrespondenten unter Druck zu setzen. Mal wird einzelnen Journalisten mit einer Nicht-Verlängerung gedroht oder die Ausstellung des neuen Ausweises bis zuletzt hinausgezögert – so dass die Betroffenen und ihre Familien nicht wissen, ob sie China Hals über Kopf verlassen müssen, wie Ursula Gauthier.

2012 war auch Melissa Chan, Reporterin des Fernsehsenders Al Jazeera, die Verlängerung der Arbeitserlaubnis verweigert worden. Im gleichen Jahr traf es außerdem einen Reporter der „New York Times“. Ein zweiter musste 2014 China verlassen. Visa für neue Korrespondenten bekam das Blatt schon seit Jahren nicht mehr. Der Grund lag auf der Hand: Die „New York Times“ wurde offenbar dafür abgestraft, dass sie 2012 Details über die enormen Reichtümer des damaligen Ministerpräsidenten Wen Jiabao und seiner Familie enthüllt hatte. Ursula Gauthier fiel dagegen nicht wegen Enthüllungen über die engste kommunistische Führungsriege in Ungnade, sondern wegen ihrer Kritik an deren Politik. Kurz nach den Terroranschlägen von Paris schrieb sie in ihrem Blatt, die von China erklärte Solidarität mit Frankreich sei nicht ohne Hintergedanken. Beijing suche internationale Unterstützung für seine umstrittene Politik in der überwiegend von Muslimen bewohnten nordwestchinesischen Unruhe-Region Xinjiang. Die Regierung versuche, Gewalt und Unruhen dort als Teil des globalen Terrorismus darzustellen. Dabei, so Gauthier am 18. November, seien die Probleme hausgemacht – eine Folge der Repressalien aus Beijing.

Sensible Themen

Wirklich neu war Gauthiers Analyse nicht, viele Beobachter sehen die Lage ähnlich. Trotzdem reagierte das chinesische Außenministerium empört, warf der Journalistin vor, die Gefühle des chinesischen Volkes verletzt zu haben, und nahm den Artikel zum Anlass, an der Französin ein Exempel zu statuieren: Nicht nur sollte sich die erfahrene China-Korrespondentin öffentlich entschuldigen; sie sollte sich auch – vorab – von Organisationen distanzieren, die ihren Fall als Einschränkung der Pressefreiheit in China präsentieren könnten. Gleichzeitig starteten die staatlichen Medien eine Hetzkampagne gegen Gauthier und ließen in den ansonsten streng zensurierten sozialen Medien Chinas wüste Beschimpfungen und Drohungen zu. Die Journalistin weigerte sich, den Forderungen der Behörden nachzukommen, und musste ausreisen. Ein neuer Tiefpunkt für die Pressefreiheit in China.

Dabei rangiert die Volksrepublik auf internationalen Ranglisten der Pressefreiheit seit Jahren schon weit hinten und fiel bei „Reporter ohne Grenzen“ im letzten Jahr auf Platz 176 zurück, gefolgt nur noch von Syrien, Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea. Mehr noch: Nirgendwo auf der Welt sitzen derzeit so viele Journalisten im Gefängnis wie in China. Das New Yorker Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) führt 49 Reporter auf, die 2015 wegen ihrer Arbeit in der Volksrepublik inhaftiert waren. Auslandskorrespondenten in China haben es da noch vergleichsweise gut – sie werden wie Gauthier schlimmstenfalls des Landes verwiesen. Chinesische Journalisten dagegen tragen ein ungleich höheres Risiko.

Im Fall Ursula Gauthier geht es jedoch um mehr als um Pressefreiheit – nämlich auch um den Umgang mit Minderheiten in China. Die französische Reporterin sagt, ihre Behandlung sei der Versuch, besonders beim Thema der Minderheiten in Tibet und Xinjiang ausländische Korrespondenten in China einzuschüchtern. Bob Dietz, Asien-Direktor beim CPJ (Committee to Protect Journalists), schlägt in dieselbe Kerbe: Die Reaktion



Ursula Gauthier



Melissa Chan



Auch Wirtschaftszeitungen und -magazine unterliegen in der Ära Xi Jinping immer schärferen Kontrollen

auf Gauthiers Bericht zeige, dass die Regierung unter Xi Jinping zunehmend intolerant gegenüber jedweder Kritik an der Behandlung ethnischer Minderheiten geworden sei, schreibt er. Mehr noch: Schon die Berichterstattung über die Lebensverhältnisse der Menschen in Tibet oder Xinjiang ist extrem schwierig, teils unmöglich. Für Reisen in die dünnbesiedelte Wüstenregion Xinjiang an der Grenze zu Zentralasien brauchen in China akkreditierte Journalisten zwar offiziell keine Genehmigung mehr. 2007, im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele in Beijing, wurde diese Vorschrift fast überall im Land aufgehoben, zumindest auf dem Papier. Dennoch sind

Recherchen vor Ort mühsam und manchmal wenig ergiebig, denn regelmäßig werden Journalisten von den Behörden behindert und überwacht. Nach Umfragen des FCCC, des Clubs der Auslandspresse in China, haben Schikanen und Einschränkungen vor allem nach den schweren Unruhen in der Provinzhauptstadt Urumqi von 2009 deutlich zugenommen. Zuverlässige und unabhängige Informationen über die Lage in der Provinz, die fast fünfmal so groß ist wie Deutschland, sind daher meist nur schwer zu bekommen – gerade wenn es um Gewalttaten oder Anschläge geht.

Weit verbreitete Angst

Die Volksrepublik rangiert auf internationalen Ranglisten der Pressefreiheit seit Jahren weit hinten und fiel bei „Reporter ohne Grenzen“ im letzten Jahr auf Platz 176 zurück, gefolgt nur noch von Syrien, Turkmenistan, Nordkorea und Eritrea.

Beamte und Regierungsvertreter in Xinjiang wollen mit ausländischen Journalisten meist nicht sprechen – schon gar nicht über ethnische Spannungen in der Region, in der sich die muslimischen Uiguren diskriminiert und an den Rand gedrängt fühlen. Anfragen bei Ministerien und Behörden laufen ins Leere. Die Menschen vor Ort wiederum sind eingeschüchtert und haben Angst, offen mit Reportern zu reden, insbesondere vor Mikrophon oder Kamera. Auch uigurische Übersetzer, die unangemeldet für Journalisten arbeiten, müssen mit „Einladungen zum Teetrinken“ rechnen – in China ein Euphemismus für Vorladungen. Die Korrespondenten selbst geraten meist beim Einchecken im Hotel ins Visier – wenn das chinesische Visum im Reisepass mit dem verdächtigen „J“ für Journalist an die

Die Autonome Region Tibet (TAR) ist das einzige Gebiet in China, für das Journalisten bis heute offizielle Sondergenehmigungen beim Außenministerium in Beijing beantragen müssen. Erteilt werden sie so gut wie nie.

örtliche Polizei gemeldet wird. Manche Recherchen gelingen trotzdem, andere sind schnell vorbei – weil die Behörden den Reportern „Begleiter“ an die Seite stellen, sie – und ihre Gesprächspartner – unablässig beschatten, sie stundenlang festsetzen oder sie gleich auffordern, die Region zu verlassen. Tibet ist noch viel schwieriger. Denn das Hochland ist spätestens seit den schweren Unruhen in Lhasa im Olympiajahr 2008 für Auslandskorrespondenten so gut wie tabu. Die Autonome Region Tibet (TAR) ist das einzige Gebiet in China, für das Journalisten bis heute offizielle Sondergenehmigungen beim Außenministerium in Beijing beantragen müssen. Nur erteilt werden sie so gut wie nie.

Auch außerhalb der TAR, in den von Tibetern bewohnten Gebieten der angrenzenden Provinzen Sichuan, Qinghai, Gansu oder Yunnan sind unabhängige Recherchen schwierig. Wie in Xinjiang müssen Auslandskorrespondenten auch dort mit Behinderungen durch die Behörden rechnen, reisen sie in Sorge um die Sicherheit ihrer Interviewpartner, treffen auf Misstrauen und Angst. In der Provinz Qinghai (tibetisch Amdo) senken Gesprächspartner unwillkürlich die Stimme, wenn es um politisch heikle Fragen geht, und antworten ausweichend und unbestimmt. Im Westen von Sichuan (tibetisch Kham) werden Journalisten unter Umständen bereits kurz hinter der Stadt Kangding am Fuße des tibetischen Hochplateaus an militärische Kontrollstellen zurückgeschickt. In Gansu wird das große buddhistische Kloster Labrang, 2008 eines der Zentren der tibetischen Proteste, heute von den Behörden aufs Schärfste kontrolliert.

Wenn die Behörden Korrespondenten doch mal in die Autonome Region Tibet lassen, dann nur bei seltenen und streng kontrollierten Gruppenreisen unter ständiger Bewachung von Beamten des Außenministeriums, des Staatsrates und anderer staatlicher Stellen. Der China-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, Kai Strittmatter etwa, der im Sommer 2013 mit zwei Kollegen unter anderem nach Lhasa eingeladen wurde, berichtet von einem Interview mit einem ausgewählten tibetischen Bauern in Anwesenheit von acht Staatsbeamten, die jedes seiner Worte genau mitschrieben.

Alles unter KP-Kontrolle

Mit solchen Methoden will Chinas Regierung kontrollieren, welche Bilder aus Tibet verbreitet werden, welche Geschichten Journalisten erzählen, wen sie treffen und mit wem sie sprechen. Denn Beijing will die Deutungshoheit nicht aus der Hand geben, will Kritik an der Regierungspolitik verhindern. Korrespondenten bekommen daher nur ein einstudiertes Tibet zu sehen: parteitreue Vorzeigebauern, Modelldörfer, Musterbetriebe. Sie sollen die wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte sehen, die „Segnungen“ der chinesischen Investitionen: glückliche Familien, bunte Trachten, wachsenden Wohlstand. Für dieses Bild greift die Propaganda manchmal tief in die Trickkiste. In Lhasa, berichten Besucher, sei normalerweise die Präsenz von Polizei und Armee überall sichtbar. Nur nicht, wenn hoher Besuch kommt. Dann werde ein „Spiel für die Außenwelt“ gespielt, schreibt die tibetische Autorin und Bloggerin Tsering Woesser. „Wenn auf einmal die Soldaten, von denen es sonst nur so wimmelt, von den Straßen verschwinden, wenn die Polizisten auf einmal alle Zivil tragen, wenn die Scharfschützen von den Dächern abgezogen werden“, dann wisse sie, dass ausländische Journalisten oder Diplomaten in der Stadt seien. Woesser ist eine der wenigen kritischen Stimmen in China. Sie lebt in Beijing und Lhasa – mal unter Hausarrest, mal in relativer Freiheit, aber stets unter den wachsamen Augen der Sicherheitsbehörden, die ihr seit Jahren einen Reisepass für Auslandsreisen verweigern. Die 49-Jährige ist eine der ganz wenigen im Reich der Mitte, die über ihren chinesisch-sprachigen Blog, „Invisible Tibet“, beharrlich versucht, der staatlichen Propaganda etwas entgegenzusetzen. Die sich allen Einschüchterungsversuchen zum Trotz mit ausländischen Journalisten trifft – in Teehäusern in Beijing, in Restaurants, manchmal in ihrer Wohnung. So wie auch der Wirtschaftswissenschaftler Ilham Tohti jahrelang der einzige Uigure in China war, der es wagte, Chinas Minderheiten-Politik in Xinjiang öffentlich in Frage zu stellen. In seiner Wohnung unweit der Beijinger Minderheiten-Universität empfing der 46-Jährige



Die tibetische Bloggerin und Autorin Tsering Woesser



Weltweite Solidarität im Jahr 2009:
Von den Staatsmedien werden die Uiguren
nichts von den Protesten im Westen erfahren

ausländische Journalisten – warb mit milder Stimme für mehr Toleranz, mehr Chancengleichheit, mehr Autonomie und mehr Dialog. Tohti sitzt jetzt im Gefängnis – im September 2014 wurde er trotz internationaler Proteste zu lebenslanger Haft verurteilt – wegen angeblich separatistischer Äußerungen auf einer von ihm gegründeten Website. Die Tibeterin Woesser weiß, dass auch sie sich auf dünnem Eis bewegt und in ständiger Gefahr lebt.

Dass unter Chinas Tibetern und Uiguren kaum noch jemand wagt, sich öffentlich zu äußern, dass auch liberale Intellektuelle aus Angst vor Repressalien schweigen, hat Folgen. Eine intensive und differenzierte Berichterstattung beispielsweise über Tibet findet fast nicht mehr statt. Das wenige, was be-

Die 49-jährige Woesser ist eine der ganz wenigen im Reich der Mitte, die über ihren chinesisch-sprachigen Blog, „Invisible Tibet“, beharrlich versucht, der staatlichen Propaganda etwas entgegenzusetzen.

richtet wird, stützt sich oft auf Quellen außerhalb Tibets, auf Exilgruppen, auf Auslandssender, wie das von den USA finanzierte Radio Free Asia, oder flüchtige Begegnungen in den tibetischen Gebieten der angrenzenden Provinzen.

In China selbst werden über Tibet nur die rosigen Bilder der staatlichen Propaganda verbreitet; die Auslandskorrespondenten wiederum können zwar viele Fragen stellen, sie werden aber nicht wirklich beantwortet. Fragen wie diese: Was bedeutet es, im modernen China Tibeter oder Uigure zu sein? Wie viel Rückhalt hat der Dalai Lama wirklich in seiner Heimat? Welche Folgen haben die über 140 Selbstverbrennungen seit 2009? Wie wirken sich die massiven chinesischen Investitionen auf die Menschen und die Umwelt aus? Wie sehen junge Uiguren oder Tibeter ihr Land und ihre Zukunft? Wie ergeht es jungen Frauen in den traditionellen streng patriarchalischen tibetischen Familien? Themen gäbe es genug. Doch wegen der erdrückenden Presseunfreiheit in China bleiben Tibet und Xinjiang in ihrer ganzen Komplexität und Widersprüchlichkeit weitgehend unsichtbar.

Weitere Verschärfung

Seit 2012, seit dem Amtsantritt von Staats- und Parteichef Xi Jinping, hat sich die Lage weiter verschärft – vor allem für Chinas eigene Journalisten, Blogger und Kommentatoren. Ihre ohnehin geringen Spielräume sind noch einmal ge-

schrumpft. Hatte sich in den Jahren zuvor durch die neuen sozialen Medien, etwa durch Kurznachrichtendienste wie Sina Weibo, das chinesische Pendant zu Twitter, erstmals eine Art bürgerliche Öffentlichkeit entwickelt, so war damit spätestens seit 2012 wieder Schluss. Seitdem versucht die Führung, die Medien und das Internet wieder verstärkt unter die Kontrolle der Kommunistischen Partei zu stellen.

Bekannte Blogger wurden eingeschüchtert, Dutzende verhaftet. Das Verbreiten von Gerüchten – in China ein sehr dehnbarer Begriff – wurde unter Strafe gestellt. Blogs und Mikroblogger-Konten wurden zu Hunderten einfach geschlossen. Chinesischen Journalisten wurde es verboten, Texte, die sie in den staatlichen Medien nicht unterbringen konnten, auf privaten Blogs zu veröffentlichen. Die jährliche Lizenz-Vergabe für chinesische Reporter wurde verschärft und liberale Blätter wie die „Nanfang Zhoumo (Southern Weekly)“ wieder auf Partei-Linie gebracht.

Dabei agieren Chinas Zensoren selten so plump wie bei der einflussreichen Wochenzeitung aus dem südchinesischen Guangdong, bei der ein Leitartikel auf der Titelseite der Neujahrsausgabe 2013 in der Nacht einfach von einem Propagandakader komplett umgeschrieben wurde – aus einem mutigen Plädoyer für politische Reformen wurde ein Loblied auf die Errungenschaften der KP.

Meist arbeiten die Propagandaabteilungen im Verborgenen, verschicken täglich detaillierte Anweisungen an Chef-Redakteure und Redaktionsleiter. Manches davon landet im Ausland, wird beispielsweise von der „China Digital Times“, einem Medienprojekt im kalifornischen Berkeley gesammelt und ausgewertet. Viele Zensur-Befehle kommen demnach von ganz oben – etwa aus der Internet-Behörde, die direkt dem Staatsrat, also dem Kabinett unterstellt ist, oder von SARFT, dem Staatsamt für Presse, Publikationen, Rundfunk, Film und Fernsehen. Als beispielsweise der taiwanesischer Präsident im Oktober 2014 für mehr Demokratie in Hongkong warb, folgte umgehend die Anweisung an alle Webseiten und mobilen Dienste, Berichte über die Rede sofort wieder zu löschen.



Anspielung auf Orwells „1984“: Karikatur des chinesischen Künstlers „Crazy Crab“ (<https://hexiefarm.wordpress.com/>)

Meist arbeiten die Propagandaabteilungen im Verborgenen, verschicken täglich detaillierte Anweisungen an Chef-Redakteure und Redaktionsleiter.

„Direktiven aus dem Wahrheitsministerium“ werden diese Anweisungen oft spöttisch genannt – in Anlehnung an George Orwells dystopischen Roman „1984“. Manchmal wird Redaktionen genau vorgeschrieben, welche Artikel und Kommentare wie zu platzieren sind; wann beispielsweise nur Berichte der staatlichen Nachrichtenagentur „Xinhua“ erlaubt sind und keine eigenen Reportagen – so wie letztes Jahr nach dem großen Fährunglück auf dem Jangtse-Fluss mit über 400 Toten oder nach der Explosion in einem illegalen Chemikalienlager in der ostchinesischen Hafenstadt Tianjin mit über 170 Toten. Auch Provinzbehörden geben Direktiven heraus, um „ihre Medien“ zu kontrollieren. Andere Anweisungen gibt es nur mündlich. „Manchmal gibt es nur einen Anruf, und man muss die Anweisungen mitschreiben“, sagt der langjährige Journalist Huang Liangtian. „Bei heiklen Themen wird nichts schriftlich verschickt.“

Kampf um Freiräume

Journalisten und Chefredakteure versuchen gleichwohl immer wieder die Grenzen auszutesten und Spielräume zu erweitern. Wirtschaftsmagazine wie „Caijing“ und „Caixin“, beide gegründet von der Pionierjournalistin Hu Shuli, machen mit investigativen Recherchen aus der Wirtschafts- und



Proteste gegen die Einflussnahme auf die Berichterstattung der Nanfang Zhoumo im Januar 2013

Finanzwelt von sich reden, vermeiden dabei aber politische Themen. Dass die Grenzen jedoch mittlerweile fließend sind, zeigte der Börsencrash vom letzten Sommer, als der erfahrene Finanzjournalist Wang Xiaolu von „Caijing“ festgenommen wurde, vermutlich weil er zu intensiv auf eigene Faust recherchiert hatte. Im Staatsfernsehen wurde er vorgeführt und bekannte in einem wohl kaum freiwilligen Geständnis, mit seinen Berichten dem Land und den Investoren großen Schaden zugefügt zu haben. Sein Fall war ein Warnschuss für viele Wirtschafts- und Börsenreporter, die bis dahin noch geglaubt hatten, der Finanzjournalismus sei vor Gängelungen des Staatsapparates sicher.

Generell gilt, wer zu oft und zu offensichtlich Grenzen überschreitet, wird abgemahnt, ins Ministerium einbestellt oder kalt gestellt. Huang Liangtian verlor seinen Chefredakteursposten 2006, nachdem sein Blatt investigative Berichte über Enteignungen und Korruption veröffentlicht hat. Heute arbeitet er bei einer Webseite, die Chinas Bauern die staatliche Agrarpolitik erklären soll, und wartet auf seine baldige Pensionierung.

Deutlich härter traf es Gao Yu, die unter anderem für den chinesischen Dienst der Deutschen Welle schrieb. Die große alte Dame des unabhängigen chinesischen Journalismus wurde im April 2015 zu sieben Jahren Haft verurteilt. Die 71-Jährige hatte im Ausland ein als geheim deklariertes Dokument der KP publik gemacht, in dem die Partei vor westlichen Werten warnt, darunter vor Pressefreiheit. Erst nach massiver internationaler Kritik wurde Gaos Strafe im Berufungsverfahren um zwei Jahre reduziert und die herzkrankte Frau in den Hausarrest entlassen.

Gao Yu hatte seit langem über die politische Elite berichtet, daher war sie der Führung ein Dorn im Auge. Die meisten Journalisten machen um Themen, bei denen es um Details aus der Führungsspitze oder aus dem Innenleben der Partei geht, einen großen Bogen. Es gibt andere klare rote Linien – so darf nicht in Frage gestellt werden, dass Tibet und Taiwan zur Volksrepublik gehören, über Tiananmen, also die Nie-

Es gibt klare rote Linien – so darf nicht in Frage gestellt werden, dass Tibet und Taiwan zur Volksrepublik gehören, über Tiananmen, also die Niederschlagung der Demokratiebewegung von 89, darf ebenfalls nicht berichtet werden.

derschlagung der Demokratiebewegung von 89, darf ebenfalls nicht berichtet werden. Aber über diese „drei T“ hinaus, bleibt Zensur oft bewusst im Unklaren, was heute noch erlaubt war, ist morgen möglicherweise verboten – und umgekehrt. Vieles hängt von der politischen Großwetterlage ab – und manchmal von den Launen der Führungsspitze. So ließen die Zensoren im vergangenen Jahr einen unabhängigen Dokumentarfilm über den Smog in China erst zu, sogar der Umweltminister lobte den Streifen. Doch als der Film im Internet millionenfach angeklickt wurde und drohte, eine landesweite Debatte auszulösen, verschwand er aus allen Portalen. Wie immer ohne Begründung.

Schere im Kopf

Da es klare Regeln nicht gibt, zensieren die meisten Journalisten sich selbst. Der Autor Murong Xuecun, einer der schärfsten Zensur-Kritiker, beschreibt die Denk- und Schreibverbote als Schere im Kopf, die massiv Kreativität und Phantasie beschneide: „Obwohl die Regeln nicht sehr klar sind, wissen wir alle instinktiv, was zu erwarten ist, und achten darauf, keine politisch heiklen oder Tabu-Themen aufzugreifen,“ sagte er kürzlich bei einem Vortrag in Sydney. Das Gleiche gilt für Journalisten, die auf Pressekonferenzen heikle Fragen gar nicht erst stellen. „Jeder chinesische Medienarbeiter weiß automatisch, was er fragen darf und was nicht“, sagt Journalist Huang. „Getreu dieser Logik berichtest du auch nur das, was du berichten darfst.“

Der gewaltige Zensurapparat dient aber nicht nur dazu, unliebsame Nachrichten zu unterdrücken, die Regierung benutzt ihn auch, um die öffentliche Meinung zu führen und zu lenken, wie es im Parteijargon heißt. Frühzeitig beginnt die Propagandamaschine mittlerweile damit, bei großen Ereignissen eine system-kompatible Interpretation zu liefern, um nicht von einer unabhängigen, öffentlichen Meinungsbildung unter Druck gesetzt zu werden. Als etwa im Herbst 2014 in





Paradox der Zensur:
Die Dokumentation „Under the Dome“ (2015) einer ehemaligen
CCTV-Journalistin wurde erst offiziell von Regierung und
Staatsmedien gelobt, um nur eine Woche später überall gelöscht
und aus dem öffentlichen Diskurs entfernt zu werden.

der Sonderverwaltungszone Hongkong Tausende junge Menschen für mehr Demokratie auf die Straßen gingen, wurden die Demonstranten in den chinesischen Medien als vom Westen manipulierte, unpatriotische Kräfte dargestellt. Differenziertere Informationen und Diskussionen wurden strikt unterbunden, auch die sozialen Netzwerke wurden strenger als sonst kontrolliert und gesäubert. In Ermangelung anderer Sichtweisen funktioniert diese Manipulation der öffentlichen Meinung, blieb in den Köpfen vieler Menschen der Eindruck von den undankbaren, Chaos stiftenden Demonstranten hängen.

All das zeigt, dass die Öffnung und Kommerzialisierung der chinesischen Medienwelt und die rasante Entwicklung des Internets mit seinen mittlerweile über 600 Millionen Nutzern in China nicht automatisch zu mehr Presse- und Meinungsfreiheit geführt hat. Dieser Traum aus den Anfangsjahren des Internets ist mittlerweile ausgeträumt. Im Gegenteil – unter Xi Jinping herrscht Eiszeit, droht etwa das chinesische Internet zu einer Art Intranet zu verkommen. Journalisten, Blogger und unabhängige Kommentatoren erleben harte Zeiten. Gerade 2015 war ein besonders dunkles Jahr für die Pressefreiheit in China, resümierte Anfang Januar die US-Organisation „Freedom House“. Eine Liberalisierung sei derzeit nicht in Sicht. „Ich bin nicht sehr optimistisch“, sagte bereits im Frühjahr auch Hu Yong, Medienprofessor an der Beijing Universität. Bei Zensur und Medienkontrolle habe es nur Rückschritte gegeben. Das sei ein großer Rückschritt für die gesamte chinesische Gesellschaft und erfülle ihn mit großer Sorge. //



Die Autorin

Ruth Kirchner hat von 2005 bis Sommer 2015 aus China berichtet, die letzten fünf Jahre als Hörfunkkorrespondentin der ARD in Beijing. Davor schrieb sie für diverse deutsche Printmedien sowie für deutsche, schweizer und US-amerikanische Radiosender. In ihren zehn Jahren in China hat sie fast alle Regionen und Provinzen des Landes bereist und sich immer wieder intensiv mit der Minderheitenpolitik Beijings sowie mit der Entwicklung des Internets und der Meinungs- und Pressefreiheit auseinandergesetzt. Bis 2005 arbeitete sie über zehn Jahre als Hörfunkjournalistin bei der BBC in London. Seit Sommer 2015 lebt die gebürtige Hamburgerin mit ihrer Familie in Berlin.

BRENNPUNKT TIBET



**JETZT
ABONNIEREN**

WWW.TIBET-INITIATIVE.DE